

| | | |
|---|--|----------------|
| Vorlagen-Nr.: MV/0694/2011-2016 | | |
| Vorlage-Art: Mitteilungsvorlagen | Datum: 04.07.14 | |
| Fachdienst Ordnung, Bürger und Soziale Dienste | Ansprechpartner/in: Herr Heeren | |
| Beratungsfolge: | | |
| Gremium: | Datum: | Status: |

| | | |
|--|------------|---|
| Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie | 03.07.2014 | Ö |
|--|------------|---|

| | | | |
|--------------------------|-------------------------|-----------------------|----------------------|
| Unterschriften: | | | |
| | | | |
| Sachbearbeiter/in | Fachdienstleiter | Mitzeichner/in | Bürgermeister |

Beratungsgegenstand:

Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2014; hier: Aufforderung an das Land Niedersachsen zur Kostenbeteiligung an den Drittkräften in den Krippengruppen

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 30.05.2014 hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Jever beantragt, das Land Niedersachsen aufzufordern, die Personalkostenförderung von Drittkräften in Krippengruppen zeitnah umzusetzen, insbesondere auch zur Entlastung des derzeitigen defizitären Haushaltes.

Zur Thematik konnte seitens der Verwaltung beim Nds. Kultusministerium in Erfahrung gebracht werden, dass das dortige Ministerium bereits damit beauftragt ist, die Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung von Drittkräften in Krippengruppen und der damit verbundenen finanziellen Förderung dieser Kräfte aus Landesmitteln zu prüfen. Es wurde eine Zeitschiene bis Ende diesen Jahres angedeutet mit einem momentan ergebnisoffenen Resultat.

Letztendlich wird eine gesetzliche Neuregelung getroffen werden müssen, voraussichtlich im Rahmen einer entsprechenden Änderung bzw. Anpassung des Nds. Kindertagesstättengesetzes (KiTaG). Eine ad hoc Umsetzung wird daher aufgrund des erforderlichen und umfangreichen Gesetzgebungsverfahrens nicht möglich sein.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Erkenntnisse sollte im Hinblick auf den Tenor des CDU-Antrages im Ausschuss Einigung dahingehend erzielt werden, ob und in welcher Form eine Reaktion seitens der Stadt Jever gegenüber dem Land noch erfolgen soll.

Anlagen:

Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2014